

# 1 1989

Am 14. Juli 1989 besuchten Mitglieder der Partei- und Staatsführung der DDR das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin. Es war der 200. Jahrestag des Sturms auf die Pariser Bastille am 14. Juli 1789, das Symbolereignis der Französischen Revolution. Das Museum zeigte seit Mai 1989 die Ausstellung »Freiheit. Gleichheit. Brüderlichkeit. 200 Jahre Französische Revolution«; die DDR-Post hatte eine Briefmarkenserie zu Ehren der Revolution aufgelegt und der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, telegrafierte zum Jubiläumstag an den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand: »Vor zwei Jahrhunderten wurde in Paris das Tor in eine neue Zeit aufgestoßen.« Die humanistischen Ideen von »Freiheit. Gleichheit. Brüderlichkeit« hätten die Völker seither in ihrem Streben nach »Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt beflügelt«. Das Jubiläum werde deshalb auch in der DDR »gebührend gewürdigt«.<sup>1</sup>

## 1.1 »... eine gewisse Stabilität«

Die Erwartung, dass auch in der DDR das Tor in eine »neue Zeit« aufgestoßen werden könnte, spielte in diesen Bekundungen selbstredend keine Rolle. Aber auch gut informierte Beobachter aus dem Westen sahen keine revolutionären Entwicklungen in der DDR heraufziehen. Der Anfang Januar 1989 aus dem Amt scheidende Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei der DDR, Hans Otto Bräutigam, schätzte in einem Interview am 2. Januar 1989, die DDR habe »eine gewisse Stabilität« erreicht, ein Zustand, den sie werde halten können. Auch nach einem Führungs- und Generationswechsel werde sich in der DDR keine ganz neue Politik einstellen, die DDR sei kein Land für »dramatische Änderungen und Wechsel«.<sup>2</sup>

Aus der Rückschau betrachtet war das eine Fehleinschätzung, aber zeitgenössisch vertrat Bräutigam keine Einzelmeinung. Die Stabilität der DDR war angesichts der unkalkulierbaren Umbruchphase im Ostblock ein wichtiger Faktor – noch waren die späteren umwälzenden Ereignisse des Jahres 1989 nicht in Sichtweite.

Am 19. Januar 1989 hielt Erich Honecker eine Rede, in der er auf aktuelle Fragen einging. Eine Rolle spielte die Frage der Menschenrechte in der DDR.

Honecker verwies auf die eben zu Ende gehende KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien. Das dort auch von der DDR unterzeichnete Abschlussdokument beinhaltete unter anderem, »dass es jedermann freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren«<sup>3</sup>. Honecker verknüpfte seine Behauptung, in der DDR würden alle Menschenrechte gewährleistet, mit dem Vorwurf an die Adresse der Bundesrepublik und die USA, sie trügen letztlich die Verantwortung für die fehlende Reisefreiheit für DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Denn sie seien für die Gründe verantwortlich, die zum Bau der Mauer geführt hätten, und, so Honecker weiter: Die Mauer werde so lange bleiben, »wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50, auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.«<sup>4</sup>

Kaum eineinhalb Jahre zuvor hatte Honecker im September 1987 bei seinem Besuch in seiner saarländischen Heimatstadt Neunkirchen noch ganz andere Töne angeschlagen. Er sprach davon, dass die Grenzen nicht so seien, wie sie sein sollten, und dass der Tag komme, an dem uns Grenzen »vereinen« – im Vergleich dazu waren die Äußerungen im Januar 1989 ein Rückfall.<sup>5</sup> Sie standen auch im Kontrast zu Honeckers Bemerkungen beim Abschiedsbesuch Hans Otto Bräutigams am 19. Dezember 1988. In der Bundesrepublik, so Honecker, sei noch nicht genügend gewürdigt worden, »dass es einen Schießbefehl nicht mehr gibt.«<sup>6</sup> Honecker hatte, so Bräutigams Erinnerung, großen Wert auf das Ziel einer anerkannten, friedlichen Grenze gelegt. Doch Bräutigam hegte Zweifel – zu Recht, wie sich kurze Zeit später herausstellte.

Das letzte erschossene Opfer an der Berliner Mauer war am 6. Februar 1989 zu beklagen. Es war der 20-jährige Chris Gueffroy, der beim Fluchtversuch im Kugelhagel der DDR-Grenzsoldaten starb. Sein Freund Christian Gaudian überlebte schwer verletzt. Dieser Fall sorgte für heftige Verstimmungen. Nicht nur die drei westalliierten Kommandanten Berlins protestierten empört und forderten ein Ende dieser »Verbrechen«. Besuche von Bundesministern in der DDR wurden abgesagt. Der Sprecher der Bundesregierung Friedhelm Ost sprach von »schweren Belastungen« der innerdeutschen Beziehungen. »Wer auf Menschen schießen lässt, beeinträchtigt in erheblichem Maße die Atmosphäre für eine friedliche Nachbarschaft und für die Entwicklung guter innerdeutscher Beziehungen auf allen Feldern.«<sup>7</sup>

Fast schienen die deutsch-deutschen Beziehungen in vergangene Zeiten der Konfrontation zurückversetzt. Intern gab Honecker Egon Krenz, als Politbüromitglied und ZK-Sekretär zuständig für Sicherheitsfragen, die Anweisung, den Schießbefehl aufzuheben – einen Befehl, den es offiziell gar nicht gab, denn, so die immer wieder bemühte Version, die Grenztruppen der DDR befolgten Anweisungen, wie sie im Grenzverkehr international üblich seien. Honecker begründete seine Anweisungen an Krenz mit dem Argument, die internationalen Proteste müssten aufhören. Krenz rief daraufhin am 2. April 1989 den stellvertretenden Verteidigungsminister Generaloberst Horst Strelitz an und gab Honeckers Anweisung weiter. In einer Gesprächsnotiz darüber heißt es: »Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schusswaffe anzuwenden.«<sup>8</sup>

Angesichts der erneuten Mauerschüsse waren zwar Besuche von Bundesministern abgesagt worden, aber die deutsch-deutsche Gesprächsdiplomatie wurde deshalb nicht abgebrochen. Johannes Rau (SPD), Ministerpräsident des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, war nicht der einzige wichtige Landespolitiker, der – am 12. März 1989 – in die DDR reiste. Vor ihm hatten bereits Lothar Späth (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg sowie der Erste Bürgermeister aus Hamburg, Henning Voscherau (SPD), Honecker aufgesucht. Nach Rau folgten Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) aus Niedersachsen und als letzter der Länderchefs der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), am 19. Juni 1989.<sup>9</sup>

Alle westlichen Landespolitiker verwiesen auf die Vorfälle an der Mauer, waren allerdings daran interessiert, dass sich das Verhältnis zur DDR dadurch nicht verschlechtere. Stabilität war das Ziel dieser führenden westdeutschen Politiker unterschiedlicher Couleur. Und Honecker ging es selbstverständlich um gute Beziehungen zum deutschen Nachbarn; angesichts der schwierigen Lage der DDR waren gerade wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen von elementarer Bedeutung.

## 1.2 Die chinesische Lösung

Als der Regierende Bürgermeister von Berlin Walter Momper am 19. Juni 1989 mit Erich Honecker im Schloss Niederschönhausen in Ost-Berlin zusammentraf, war es innerhalb und außerhalb der DDR zu Ereignissen gekommen, die der Partei- und Staatsführung erneut einiges an Erklärungen abverlangten. Dies betraf zum einen die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 und zum anderen das Verhalten der SED-Führung angesichts der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, die im Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking am 4. Juni 1989 gipfelte.

Im April 1989 hatte sich in China eine Studentenbewegung formiert, die sich zu einer breiten Oppositionsbewegung ausweitete und etwa 1 Million Menschen am 17. Mai 1989 in Peking auf die Straße brachte. In diesem Zeitraum fand auch das erste sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen seit 1959 statt. Die zahlreichen Pressevertreter aus aller Welt konnten zugleich vom Auftreten der chinesischen Demokratiebewegung berichten. Nach der Abreise des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow am 18. Mai 1989 verhängte die chinesische Regierung den Ausnahmezustand, Hunderttausende ignorierten das jedoch und hinderten Armeeeinheiten am Vordringen ins Pekinger Zentrum. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 ging die chinesische »Volksbefreiungsarmee« gegen die Demonstrierenden vor. Auf dem »Platz des Himmlichen Friedens« walzten Panzer dort in Zelten kampierende Studierende nieder – 100 Menschen kamen ums Leben, auch an anderen Orten waren Tote zu beklagen, auf etwa 3.000 wird ihre Zahl geschätzt.

Die chinesischen Ereignisse wurden international mit Bestürzung aufgenommen. Mit Verstörung wurde in der Bundesrepublik registriert, dass die SED-Führung das Vorgehen der chinesischen Führung unterstützte. Am 5. Juni 1989 feierte das »Neue Deutschland« die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung mit der Schlagzeile: »Volksbefreiungsarmee Chinas schlug konterrevolutionären Aufruhr nieder.«<sup>10</sup> Egon Krenz, Mitglied des Politbüros, wies bei einem Besuch einer DDR-Delegation in Saarbrücken am 7. und 8. Juni 1989 kritische Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) über die Peking Vorgänge als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik zurück. Krenz äußerte Verständnis für das chinesische Vorgehen und kommentierte die Niederschlagung mit den Worten, es sei »etwas getan worden, um die Ordnung wiederherzustellen«.<sup>11</sup> Von Walter Momper am 19. Juni 1989 auf die Peking Ereignisse angesprochen, reagierte Honecker mit der Bemerkung, er halte sich nicht an die westlichen Horrormeldungen, sondern an die offiziellen Mitteilungen der chinesischen Bruderpartei – damit war der Fall für ihn erledigt<sup>12</sup>.

## 1.3 Kommunalwahlen

Was die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 anging, so konstatierte Honecker schlicht, die Wahlkommissionen seien öffentlich besetzt gewesen, Manipulationen deshalb ausgeschlossen. Wenn Kritiker anderes behaupteten, habe dies keine Grundlage und keine Bedeutung<sup>13</sup>. Die Kommunalwahlen wurden, wie üblich, offiziell mit einer Wahlbeteiligung von 98,77 Prozent und einer Zustimmung von 98,85 Prozent zur Liste der »Nationalen Front« – eines Zusammenschlusses aller Parteien und »Massenorganisationen« der DDR unter Vormachtstellung der SED – abgeschlossen. Und ebenfalls wie üblich wurde dieses Wahlergebnis als ein »klares Votum des Volkes für starken Sozialismus und sicheren Frieden« gefeiert, so Egon Krenz als Vorsitzender der Wahlkommission am Abend des Wahltages. Es war in der DDR ein offenes Geheimnis, dass derartige Wahlen eine Farce waren und dass sie zudem manipuliert wurden, obwohl es sich um Einheitslistenwahlen handelte, in denen die Verteilung der Mandate der jeweiligen Parteien und Massenorganisationen festgelegt waren unter Gewährleistung der »führenden Rolle« der SED. Immerhin, man konnte entweder nicht zur Wahl gehen, konnte theoretisch Kandidaten von der Liste streichen oder die gesamte Liste ablehnen. Im Prinzip war auch das Wahlgeheimnis gewährleistet, d. h. man durfte die Wahlkabine aufsuchen und dort seinen Wahlzettel ausfüllen. Wer allerdings diese prinzipiellen Rechte für sich in Anspruch nahm, kam schon in Verdacht. Das sogenannte »Zettelfalten«, also das offene Abstimmen und Einwerfen des Wahlzettels in die Urne, war deshalb die Regel. Es wurden dennoch zusätzliche Maßnahmen getroffen, um das erwünschte Ergebnis sicherzustellen. Bereits im Vorfeld wurden Personen von den Wählerlisten gestrichen, deren Ab-

lehnung der Kandidatenlisten vermutet wurde – Ausreiseantragsteller, bekannte Oppositionelle und Nichtwähler.<sup>14</sup>

Trotz aller Vorbereitung verliefen die Wahlen 1989 anders als gewohnt. Oppositionelle Gruppen in Ost-Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Städten der DDR stellten Überlegungen an, wie man sich angesichts dieser Wahlen verhalten solle. In anderen Ländern des Ostblocks waren zu diesem Zeitpunkt bereits erste Demokratisierungsansätze festzustellen; in der Sowjetunion hatte 1988 eine Wahldebatte eingesetzt, eine Verfassungsänderung legte fest, dass bei den Wahlen im Mai/Juni 1989 mehrere Kandidaten zur Auswahl stehen sollten. In Polen und in Ungarn kam es ebenfalls zur Demokratisierung der Wahlen. Nur die SED-Führung hielt von derlei Veränderungen nichts. In den genannten oppositionellen Kreisen kristallisierte sich die Idee heraus, die öffentliche Stimmauszählung systematisch zu beobachten und dann mit den offiziell bekanntgegebenen Ergebnissen zu vergleichen. Die gesetzliche Grundlage in der DDR bot die Möglichkeit dazu. In der Wahlordnung von 1974 hieß es im § 40: »Die Auszählung der Stimmen ist öffentlich und wird vom Wahlvorstand durchgeführt.«<sup>15</sup> Diese Bestimmung nutzten nun oppositionelle Kreise, um das übliche Wahlschauspiel zu demaskieren. In vielen Wahllokalen fanden sich kritische Bürgerinnen und Bürger bei der Stimmenauszählung ein. Das Beispiel Dresden legte die Wahlfälschung offen. Dort waren in den kontrollierten Wahllokalen bei 104.727 Wahlberechtigten 12.379 Gegenstimmen gezählt worden. Das offizielle Ergebnis wies jedoch bei 389.569 abgegebenen Stimmen nur 9.751 Gegenstimmen auf. Insgesamt stellten die unabhängigen Stimmenauszähler einen Anteil der Gegenstimmen in den Größenordnungen zwischen drei und 30 Prozent fest, die Wahlbeteiligung betrug meist zwischen 60 und 80 Prozent.<sup>16</sup> DDR-weit ist von einem Anteil der Gegenstimmen in Höhe von 10 Prozent auszugehen.<sup>17</sup> Die genaue Zahl lässt sich nicht rekonstruieren, da die Wahlunterlagen wenige Tage nach dem 7. Mai 1989 vernichtet wurden.

Der Betrug war offenkundig und die Impertinenz der SED-Führung, die die Fälschung wie eh und je als Vertrauensbeweis propagierte, regte zum Widerspruch und zum wachsenden Widerstand an. Eingaben, offene Briefe und Strafanzeigen gegen unbekannt waren die Folge. Der DDR-Generalstaatsanwalt verfügte am 19. Mai 1989, dass auf derartige Anzeigen nicht reagiert werden solle. Der Protest wurde auch auf die Straße getragen. Fortan fanden jeweils am 7. des Monats Demonstrationen statt, die die Wahlfälschung anprangerten.

## 1.4 Ausreisebewegung

Die Proteste gegen die Wahlfälschung waren eine wichtige Quelle für die Demokratiebewegung in der DDR, die sich vor allem nach dem Sommer 1989 formierte. Doch bevor die Demonstrationen in vielen Städten zu Massendemonstrationen

nen anschwellen, geriet die DDR durch eine andere Entwicklung unter enormen Druck: durch die Ausreisebewegung.

Bereits in den 1980er Jahren war die Zahl jener erheblich angestiegen, die der DDR den Rücken kehren wollten und einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt hatten, die sogenannten »Ausreiser«. 1989 erhielt diese Ausreisebewegung eine Dynamik von bislang nicht gekanntem Ausmaß. Zum Sommer 1989 lagen insgesamt 160.000 Ausreiseanträge vor. Und die Zahl derer, die nicht auf eine Genehmigung warten wollten, stieg gewaltig.

DDR-Bürgerinnen und -Bürger besetzten bundesdeutsche Botschaften in Warschau, Prag, Budapest und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, um aus der DDR ausreisen zu können. Die spektakulärste Besetzung war die in Prag, wo ab Februar/März 1989 erste Zufluchtssuchende aus der DDR eintrafen. Bis zu dem denkwürdigen Abend am 30. September 1989, als Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Möglichkeit der Ausreise in die Bundesrepublik verkündete, hatten sich zeitweise mehrere Tausend Menschen gleichzeitig auf dem Botschaftsgelände unter katastrophalen Bedingungen aufgehalten. In der Nacht zum 1. Oktober 1989 wurden in einer ersten Ausreisewelle etwa 6.000 Flüchtlinge aus Prag und 800 aus Warschau mit Sonderzügen in die Bundesrepublik gefahren, die Fahrt führte über DDR-Territorium. Offiziell sollte der Schein aufrechterhalten werden, dass sie aus der DDR ausgewiesen worden seien.

Schon im Frühjahr des Jahres hatte der »Eiserne Vorhang« Löcher bekommen. Am 2. Mai 1989 kündigte Ungarn die Demontage der Grenze zu Österreich an. Am 27. Juni des Jahres zerschnitten der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Kollege Alois Mock symbolisch den Stacheldrahtzaun nahe dem Ort Sopron. Zu einer spektakulären Massenflucht kam es am 19. August 1989 anlässlich des sogenannten »paneuropäischen Frühstücks«, das unter der Schirmherrschaft des deutschen Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg, des ehemaligen letzten Kronprinzen der 1918 untergegangenen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, und des ungarischen Staatspräsidenten Imre Pozsgay in Grenznähe bei Sopron stattfand. Mehrere Hundert DDR-Bürgerinnen und -Bürger nutzten die Gunst der Stunde und flohen nach Österreich, die ungarischen Grenztruppen verhielten sich passiv.

## 1.5 Revolution

In den Sommermonaten des Jahres 1989 herrschte in der DDR eine »gespannte Ruhe«, die Opposition schien in der »Sommerpause«.<sup>18</sup> Doch dies schien nur so, denn in konspirativen Absprachen wurden weitere Schritte überlegt, erste Planungen zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei zählten dazu. Auch die Ausreisewelle und erneute Botschaftsbesetzungen zeigten, dass die Ereignisse im Frühjahr keineswegs Episoden einer vorübergehenden Krise waren. Es gäbe in der DDR-Bevölkerung.

Dies zeigten auch die Mobilisierungskampagnen zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR, die seit Beginn des Jahres verstärkt eingesetzt hatten. Diese Mobilisierung über Parteien und Massenorganisationen bis hin zur Hausgemeinschaft folgte gängigen SED-Strategien und sollte eine breite Beteiligung der DDR-Gesellschaft, eine »Volksbewegung« im Zeichen des Staatsjubiläums suggerieren. Doch 1989 zeigten sich weit deutlicher als früher auffallende Risse in diesem Bild. Die Kampagnen zur Entfaltung der Wettbewerbsbewegung zu Ehren des DDR-Geburtstages zum Beispiel stießen auf erheblich weniger Resonanz als erhofft. Der FDGB-Bezirksvorstand Dresden resümierte nach dem ersten Quartal 1989, dass der politische Aufwand in keinem Verhältnis zum Erfolg stehe. Nur 31 Prozent der Betriebe hatten im Bezirk bis zu diesem Zeitpunkt die Vorgaben erfüllt. Die Mehrheit der Bevölkerung, so die Einschätzung des MfS, interessierte sich nicht für die Jubiläumsfeier. Viele Einzelbeispiele von Verweigerungshaltungen unterstreichen diese Einschätzung, so etwa die Weigerung des FDJ-Sinfonieorchesters, im uniformierten Blauhemd aufzutreten<sup>19</sup>, die Verweigerung von Auszeichnungen, so durch den Schriftsteller Günter de Bruyn oder die Absage der Teilnahme am Staatsakt z. B. durch den hochdekorierten DDR-Kosmonauten und ersten Deutschen im Weltall, Sigmund Jähn.<sup>20</sup> All diese Beispiele stehen für eine Stimmungslage in der Gesellschaft, die zu den offiziellen Erfolgsmeldungen der Staatsführung in klarem Gegensatz standen. Der Unmut reichte bis in die Reihen engagierter Parteimitglieder, Austritte aus der SED wurden vermehrt registriert.<sup>21</sup> Die Bevölkerung wartete angesichts der Krise auf Reaktionen und Antworten der Partei- und Staatsführung, doch diese blieben aus.

Seit September 1989 nahm die Oppositionsbewegung zunehmend Massencharakter an. Hatten sich am 4. September 1989 noch 1.200 Menschen in Leipzig zur ersten Montagsdemonstration versammelt, so war die Zahl der Demonstrierenden am 25. September bereits auf 5.000 angewachsen und am 2. Oktober waren es schließlich 20.000. Überall in der DDR gingen Menschen nun auf die Straße, um für Demokratie und Freiheit zu demonstrieren »Wir sind das Volk« lautete die Parole – und noch gingen die Sicherheitskräfte mit brutaler Gewalt gegen Demonstrierende vor und versuchten weitere Demonstrationen zu verhindern.

In dieser Situation beging die DDR am 7. Oktober 1989 ihren 40. Jahrestag. Diese Feierlichkeiten hatten etwas Groteskes an sich. Während die Staatsführung mit ausländischen Gästen feierte und ein Fackelzug der FDJ in Berlin aufmarschierte, verließen Menschen in Scharen das Land und von den Bleibenden wandten sich immer mehr den anschwellenden Massen der Demonstrationen zu. Die völlige Realitätsferne der SED-Parteiführung offenbarte sich in der Aussprache des SED-Politbüros mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow am 7. Oktober 1989, der nicht nur von vielen in der DDR als Reformhoffnung betrachtet wurde. Gorbatschow verwies darauf, »dass viel Wurst und viel Brot noch nicht alles sind. Die Leute verlangen dann eine neue Atmosphäre, mehr Sauerstoff, einen neuen Atem, insbesondere für die sozialistische Ordnung.« Erich Honecker blieb jedoch bei seinem schon früher betonten Credo, »dass der Mensch erst etwas zum Essen, zum Anziehen, zum Wohnen braucht.« Gorbatschow mahnte dagegen eine »Wende in der Entwicklung des Landes«, der DDR,

an, und er fügte hinzu: »Mutige Zeiten erwarten Sie, mutige Beschlüsse sind erforderlich.«<sup>22</sup>

Mut bewiesen all jene, die dem erstarrten realsozialistischen System eine Alternative entgegensetzen wollten und sich für Reformen und Demokratie einsetzten. Ausgerechnet am 7. Oktober 1989 gründeten 43 Männer und Frauen im kleinen Dorf Schwante nordwestlich Berlins eine Sozialdemokratische Partei, die SDP, ab Januar 1990 in SPD umbenannt. Ein Gründungsaufruf war schon am 26. August 1989 vorgestellt worden. Darin hieß es: »Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung. Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges.«<sup>23</sup> Ziel der SDP war eine »ökologisch orientierte soziale Demokratie« und eine »soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot«. Sie forderte Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Freiheit der Gewerkschaften.

Vorerst bedeutsamer, da stärker mobilisierend für die demokratische Revolution war das »Neue Forum«. Es entstand am 9./10. September 1989, gegründet im Haus von Katja Havemann, der Witwe des 1982 verstorbenen prominenten Dissidenten Robert Havemann, in Grünheide bei Berlin. Die Malerin Bärbel Bohley war eine der Initiatorinnen. Das »Neue Forum« verstand sich anders als die SDP nicht als »Partei«, sondern als politische Plattform für einen demokratischen Dialog. Der Eingangssatz des Gründungsaufrufs »Aufbruch 89« lautete: »In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.«<sup>24</sup> Freiheit vor Gewalt und der Abhängigkeit von einem Staat der »Büttel und Spitzel«, soziale und ökologische Verantwortung, freie wirtschaftliche Initiative, aber keine Ellenbogengesellschaft, dies waren wesentliche Stichworte dieses Aufrufes. Vor allem warb das Neue Forum für eine umfassende aktive Beteiligung an einem Reformprozess.

Das Neue Forum zielte auf eine Erneuerung der DDR. Eine Wiedervereinigung, eine staatliche Einheit mit der Bundesrepublik waren nicht das Ziel. In den Monaten der Friedlichen Revolution fand das Neue Forum großen Zuspruch. Im Oktober 1989 strömten der Bürgerbewegung tausende Menschen zu. Bis zum Jahresende sollen 200.000 den Gründungsaufruf unterzeichnet haben, 10.000 Mitglieder hatten sich dem Neuen Forum angeschlossen. Weitere Organisationen folgten – Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch; andere, wie die Initiative Frieden und Menschenrechte, standen für Kontinuität zur Opposition der 1980er Jahre.

Vor allem artikuliert sich der Protest weiter auf der Straße und noch gingen die Sicherheitskräfte, Volkspolizei und Staatssicherheit, in bislang in der DDR seit dem Volksaufstand vom Juni 1953 nicht mehr erlebter Brutalität gegen die Demonstrierenden vor. Dies galt vor allem für jene Demonstrierende, die anlässlich der Selbstinszenierung der SED am 40. Jahrestag protestierten. Besonders in Ost-Berlin, aber auch in anderen Städten, kam es zu Gewaltexzessen, die Staatsmacht verlor die Nerven. Über 1.800 Personen wurden festgenommen, auf den sogenannten »Zuführungspunkten« erfolgten Misshandlungen und massive Rechtsbrüche.<sup>25</sup> Die Ereignisse in China und die dortige blutige Niederschla-



gung der Opposition vor Augen, ging die Angst vor der »chinesischen Lösung« um. Sie stand auch im Raum, als sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig erneut 70.000 auf den Weg zur Montagsdemonstration machten. An diesem Tag aber zogen sich die bereitstehenden Einsatzkräfte zurück, die Demonstrierenden zogen friedlich durch die Stadt. Es ist bekannt, dass seitens der SED-Bezirksleitung die Bereitschaft zur Gewalt vorhanden war – alles war bereit, der Aufmarsch der bewaffneten Einheiten war unübersehbar, in den Außenbezirken standen gepanzerte Fahrzeuge. Man ging von 30.000 Demonstrierenden aus. Überrascht waren die Einsatzleiter von der Masse der Demonstrierenden. Dazu kam der Aufruf von sechs Leipziger Persönlichkeiten, allen voran von Kurt Masur, der international hochgeachtete Kapellmeister des Leipziger Gewandhauses, und mit ihm drei ranghohe SED-Funktionäre, die über den Stadtfunk zur Besonnenheit aufriefen. In dieser Situation wagte niemand den Einsatzbefehl zu geben, zumal von Berlin keine entsprechenden Befehle kamen. Dies war der Wendepunkt, die Staatsmacht hatte am symbolhaften Ort der Revolution – in Leipzig – kapituliert.

»Revolutionstheoretisch war in Leipzig etwas Neues entstanden: das Modell einer friedlichen, aber nicht gewaltfreien Revolution. [...] Die friedliche Revolution in der DDR fand ihren Höhepunkt am 9. Oktober 1989 in Leipzig. An diesem Tag wurde hier Weltgeschichte geschrieben.«<sup>26</sup>

In den folgenden Tagen und Wochen überstürzten sich die Ereignisse. Am 17. Oktober 1989 stimmte das Politbüro einstimmig für die Ablösung Erich Honeckers als Generalsekretär. Der 77-jährige Honecker trat am 18. Oktober 1989 »aus gesundheitlichen Gründen« zurück – mit ihm der langjährig für die Wirtschaftspolitik zuständige Günter Mittag und Joachim Herrmann, verantwortlich für Agitation – damit war das »Machtzentrum Honecker« zerschlagen.

Am 30. Oktober 1989 lag dem SED-Politbüro, nun mit dem eine Generation jüngerer Egon Krenz an der Spitze, eine Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vor. Erarbeitet war diese Bestandsaufnahme von einer Gruppe von Wirtschaftsexperten der DDR, allen voran Gerhard Schürer, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, außerdem waren beteiligt Gerhard Beil, Außenhandelsminister, Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des »geheimen« Bereichs für »Kommerzielle Koordinierung« im DDR-Außenministerium, Ernst Höfner, Finanzminister der DDR und Arno Donda, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Die Erstellung einer derartigen Analyse war am 24. Oktober 1989 vom Politbüro beschlossen worden. Das Ergebnis war eine Mischung aus einer schonungslosen Offenlegung der Probleme und dem verzweifelten Versuch, das Überleben einer »sozialistischen DDR« durch politische Angebote an die Bundesrepublik zu erreichen, um die erforderlichen Kredite in Milliardenhöhe von dort zu erhalten. Einige Süsssätzsätze:

»Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag [d.h. seit 1971] wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW [=nicht sozialistisches Wirtschaftsgebiet], die sich von 2 Mrd. VM<sup>27</sup> 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, daß die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.«<sup>28</sup>

Das, was als besonderer Vorzug des DDR-Sozialismus hervorgehoben wurde, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, und die unter dieser Parole gewährten Leistungen beruhten demnach zu einem rapide wachsenden Teil auf Schulden, die in kapitalistischen Ländern gemacht wurden. Allein dies kam einer Bankrotterklärung gleich, vor allem wenn man sich die bis zuletzt von Honecker betonten Vorzüge der DDR vor kapitalistischen Systemen vor Augen hält. Die Autoren forderten die Durchsetzung des Leistungsprinzips. Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die diesem Prinzip widersprächen und zur Verschwendung oder Spekulation führten, seien zu beseitigen. Ziel war die Entwicklung einer »an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft«. Um der Bundesrepublik den »ernsthaften Willen der DDR« zu Veränderungen glaubhaft zu machen, sollte erklärt werden, »daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert« – also binnen zehn Jahren – »solche Bedingungen geschaffen werden könnten, (um) die heutige existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.« Das war das letzte Pfund, das die DDR-Wirtschaftsfunktionäre meinten noch einsetzen zu können – die Öffnung der innerdeutschen Grenze als Perspektive und Gegenleistung für die Gewährleistung des staatlichen Überlebens.<sup>29</sup>

Am 4. November 1989 kam es zu einem weiteren Höhepunkt der demokratischen Revolution der DDR. Mehrere hunderttausend Menschen versammelten sich auf dem Berliner Alexanderplatz, eine Kundgebung, auf der Künstler, Vertreter der Bürgerbewegung, aber auch mancher Repräsentant des alten Regimes sprach, darunter Markus Wolf, der ehemalige Chef der Auslandsspionage des MfS, und Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros und Berliner Bezirkschef der SED – beide wurden ausgepiffen. Diese Kundgebung nimmt einen zwiespältigen Platz in der Geschichte der Friedlichen Revolution ein. Die Demonstration war nach ersten Überlegungen im »Neuen Forum« von Kulturschaffenden aus den Theatern Ost-Berlins initiiert worden. Allerdings versuchten die SED-Bezirksleitung Berlin und das MfS im Vorfeld im Verein mit der Gewerkschaft Kunst Einfluss zu nehmen bis hin zur Frage, welche Rednerinnen und Redner auftreten sollten. So wurde ein Auftritt des 1976 ausgebürgerten Wolf Biermann abgelehnt. Bärbel Bohley, eine der Galionsfiguren der Bürgerbewegung, die Biermann eingeladen hatte, stieß ebenfalls auf Ablehnung. Auch die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften durfte ihren Aufruf zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften nicht verlesen; dies tat dann Heiner Müller, der international bekannte Dramatiker und Regisseur, der wenige Monate später der letzte Präsident der DDR-Akademie der Künste werden sollte. In der Öffentlichkeit vermittelte diese Massenkundgebung trotz aller Ambivalenzen dennoch ein Signal des Aufbruchs – viele namhafte Künstler und Schriftsteller der DDR forderten Reformen, Demokratie und Öffnung. Die Versuche der Staatsmacht, die Massenkundgebung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, konnten die Demokratiebewegung nicht aufhalten.<sup>30</sup>